

PROFIL DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION
GRÜN



ZUS
AMM
EN

**SOLIDARISCH
DURCH DIE KRISE**

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE Corona versetzt unsere Welt in den Ausnahmezustand. Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter bewerten die Maßnahmen der Bundesregierung und danken allen, die die Dinge des Lebens am Laufen halten. **Seite 3**

EINHEIT IN VIELFALT Unser Land hat ein Rassismusproblem. Darüber müssen wir reden und: Dagegen müssen wir etwas tun. Ein Dossier mit Beiträgen von Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, Konstantin von Notz und Filiz Polat, Claudia Roth, Renate Künast und Ezra Küçük. **Seite 6**

DER KUNSTFREIHEITSKÄMPFER Im Zusammenwirken für eine gemeinsame Überzeugung liegt die Kraft, davon ist Erhard Grundl, Kulturpolitiker und Musiker, überzeugt. Ein Porträt von Tim Meyer. **Seite 12**

REPAIR, REUSE, RECYCLE Mit der Digitalisierung kommen immer mehr elektronische Geräte auf den Markt und landen nach viel zu kurzer Zeit als Elektroschrott auf dem Müll. Das geht so nicht weiter! Bettina Hoffmann, Dieter Janacek und Tabea Rößner erklären, was zu tun ist. **Seite 14**

AUS DEN ARBEITSKREISEN Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Schlaglichter ausgewählter Veranstaltungen seit Jahresbeginn: im Rahmen der Internationalen Grünen Woche Berlin, zur Digitalisierung in der Pflege und anlässlich des Internationalen Frauentags. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de,
V. i. S. d. P.: Herta Parchent, Redaktion: Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, Gestaltung: Oliver Geheeb, Stefan Kaminski, Jakina U. Wesselmann
 Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 103.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“,
 Redaktionsschluss: 26.03.2020, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



Liebe Leserin,
 lieber Leser,

es ist Sitzungswoche im Deutschen Bundestag und die wohl außergewöhnlichste Plenarwoche in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Corona-Pandemie hebt weltweit Gewohnheiten und Abläufe aus den Angeln. Wie auf Straßen und Plätzen, in Schulen und Industriehallen, so sieht es auch in den Gebäuden des Bundestages aus: keine Menschen auf den Gängen, die Büros verwaist und die sonst begehrten Besprechungssäle leer. Doch zugleich läuft die politische Arbeit auf vollen Touren. Mit Hochdruck ist über notwendige Maßnahmen zu beraten, sind weitreichende Entscheidungen zu treffen und müssen wir uns selbst ständig auf dem Laufenden halten. Wir nutzen neue Arbeitsformen, die uns und andere schützen, denn auch vor uns Abgeordneten macht das Virus nicht halt. Alle versuchen mit aller Kraft das Richtige für unser Land und seine Bewohnerinnen und Bewohner zu tun. Es sind außergewöhnliche Umstände, in denen wir dieses Editorial schreiben. Und sie werden sich schon wieder geändert haben, bevor es gedruckt ist. Wenn Sie diese Ausgabe lesen, wird es ganz andere Zahlen zum Stand der Infektionen geben und neue Fakten zur wirtschaftlichen Lage. Und wir hoffen und arbeiten daran, dass die Menschen im Land besonnen und solidarisch bleiben. Mithilfe der Wissenschaft können wir heute erahnen, was in zwei, drei Wochen auf uns zukommt. Mit Sicherheit wissen wir es nicht.

Außergewöhnliche Bedrohung

Bund und Länder haben weitgehende Verordnungen im Land beschlossen, die ein Ziel haben: Wir müssen die explosionsartige Ausbreitung des Virus unterbinden und verlangsamen. Es geht vor allem darum, die Schwachen in der Gesellschaft zu schützen und die drohende Überlastung der Krankenhäuser und des Gesundheitspersonals abzumildern. Natürlich hoffen wir, dass die Maßnahmen bald Wirkung zeigen. Die Berichte aus China, aber vor allem auch aus Italien führen uns vor Augen, wie nötig diese drastischen Maßnahmen sind. Das SARS-COV-2-Virus breitet sich unfassbar schnell aus. Unser Immunsystem ist darauf nicht vorbereitet. Die bisherigen Daten zeigen, dass es besonders für die Älteren und Menschen mit Vorerkrankungen lebensgefährlich werden kann. Ihre Gesundheit müssen wir darum ganz besonders im Blick haben. Sicher haben auch Sie sofort ein Bild vor Augen: die Großeltern, die mit den Enkeln spazieren gehen. Die Nachbarin, die Ihr Paket annimmt, wenn Sie nicht da sind. Der Arbeitskollege mit den Zwillingen und der chronischen Lungenkrankheit. Sie alle sollten wir im Hinterkopf haben, wenn wir unser gewohntes Leben vermissen und eigentlich viel lieber mit anderen da draußen wären.

Die beschlossenen Kontaktbeschränkungen verlangen uns allen sehr viel ab. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass sie unumgänglich sind. Darum unterstützen wir als grüne Bundestagsfraktion auch die Bundesregierung und die Länder in ihren Bemühungen und haben der Bundeskanzlerin unsere Mitarbeit zugesagt. In einer existenziellen Krise, wie wir alle sie derzeit durchleben, hat Kooperation Vorrang vor Konkurrenz. Das ist unsere staatspolitische Verpflichtung.

Danke!

Auch in dieser äußerst schwierigen Lage laufen im Land die lebenswichtigen Dinge weiter. Dank vieler Menschen, denen unser größter Respekt gebührt. Bei Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern und allen, die im medizinischen Bereich tätig sind, kommt es jetzt auf jede Hand an. Der Druck und die Belastung werden noch steigen. Wir müssen alles daransetzen, dass sie ungehindert arbeiten können und die bestmögliche Ausstattung bekommen. Hier liegt noch einiges im Argen, das wissen wir, Bund und Länder arbeiten mit Hochdruck an einer Verbesserung der Situation. Auch die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Supermärkten und Drogerien, die Apothekerinnen und Apotheker, die Lkw-Fahrer, die Paketzustellerinnen und die Leute der Müllabfuhr oder die ihren Dienst in den Gas- und Wasserwerken tun – sie alle leisten Außergewöhnliches! Wir alle können sie in ihrer Arbeit unterstützen durch respektvolles Verhalten und die gebotene Rücksichtnahme. Diese Krise wirft auch ein Schlaglicht auf die Bedeutung dieser Berufsgruppen. Schon lange haben wir gefordert, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern: beispielsweise durch eine bessere personelle Ausstattung im Gesundheitswesen und eine Aufwertung der Pflegeberufe. Oder einen höheren Lohn für Reinigungskräfte. Ein „Corona-Bonus“ für diese Berufsgruppen könnte eine erste Anerkennung sein, aber wir werden auch langfristig vieles ändern müssen, wenn die Krise vorbei ist.

Die Pandemie bekämpfen – demokratisch und rechtsstaatlich

So zwingend notwendig sie sind – die Mitte März eingeführten Ausgangsbeschränkungen sind ein tiefer Einschnitt in unsere persönlichen Freiheiten. Ohne Beispiel in unserer Demokratie, die Ausnahme in der Ausnahmesituation. Wir sind fest davon überzeugt, dass der demokratische Rechtsstaat diese Krise meistern wird. Viele Entscheidungen und Gesetzesvorhaben zur Bewältigung der Krise werden mit hohem Zeitdruck formuliert und beschlossen. Der Bundestag spielt dabei eine entscheidende Rolle, so wie es unser Grundgesetz vorsieht.

Denn auch und gerade in Krisenzeiten braucht es parlamentarische, öffentliche Debatten, transparente Entscheidungen des Parlaments und eine kontinuierliche parlamentarische Kontrolle von Regierungshandeln und Sicherheitsbehörden. Und noch eines muss klar sein: All die getroffenen Maßnahmen müssen zeitlich begrenzt sein. Es braucht eine regelmäßige Überprüfung, ob wir uns noch auf dem richtigen Weg befinden oder ob Kurskorrekturen nötig sind.

Wir Abgeordnete werden deutlich weniger Zeit im Plenum verbringen als sonst. Es gilt, die Verhältnismäßigkeit zwischen dringend notwendiger parlamentarischer Arbeit und dem Gesundheitsschutz von Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Angehörigen zu finden. Denn auch hier sind bereits Erste erkrankt, in Quarantäne oder gehören zu den gefährdeten Gruppen. Wir streben darum eine befristete Änderung der Geschäftsordnung an, damit nicht immer alle Abgeordneten anreisen müssen. Das Parlament bleibt damit dauerhaft arbeitsfähig, ohne dass wir demokratische Rechte und Spielräume einbüßen.

Niemanden zurücklassen

Der Bundestag hat auf die außergewöhnliche Notsituation mit einem großen Hilfs- und Gesetzespaket reagiert. Wir müssen schnellstmöglich unser Gesundheitssystem rüsten und zugleich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise auffangen.

Denn für viele bringt die Krise tief greifende Einschnitte in das persönliche und wirtschaftliche Leben. Die Produktionen wurden vielerorts eingestellt, viele Unternehmen sind unter großem Druck. Ganze Geschäftszweige haben aufgrund der Verordnungen schließen müssen, dahinter stehen immer Menschen, die trotzdem Miete und Löhne zahlen müssen. Andere können ihren Beruf nicht mehr ausüben, Aufträge oder Auftritte brechen weg, sie schauen in einen finanziellen Abgrund.

In den vergangenen Wochen haben wir als grüne Bundestagsfraktion sehr eng und konstruktiv mit der Bundeskanzlerin und den Fachministerinnen und -ministern zusammengearbeitet. Austausch, Abstimmung und Beratung in unzähligen E-Mails, Video- und Telefonkonferenzen. Die grüne Bundestagsfraktion setzt dabei alles daran, dass niemand übersehen wird, der durch die Corona-Krise in finanzielle und soziale Not gerät!

Noch mehr als sonst suchen wir in diesen Tagen das Gespräch mit der Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbänden, aber auch mit den Leuten vor Ort: dem Paketboten, dem Betriebsrat im Einzelhandel, der Ladenbesitzerin. Wir sind im Austausch mit Kunstschaffenden, mit Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Sozialbeiräten. Alle haben ein großes Interesse, sich gemeinsam ein möglichst umfassendes Bild von der Lage zu machen und Lösungen zu finden. Wir unternehmen alles, um Vertrauen zu schaffen in einen handlungsfähigen Staat, der keine und keinen vergisst.

Und wir können auch erste Erfolge dieser Bemühungen verzeichnen – so hat der gesamte Bundestag (ohne die AfD) jetzt beispielsweise einen Fonds zur Unterstützung von Soloselbstständigen und Kulturschaffenden eingerichtet und einen Rettungsschirm für die Wohlfahrtsverbände geschaffen.

Europäisch und global

Gegen eine Pandemie kann man nicht alleine kämpfen. Es geht auch um Solidarität, die in diesen Zeiten in besonderer Weise unseren europäischen Nachbarn gilt. Wir stehen uns gegenseitig bei in der akuten Notlage, mit Krankenhauskapazitäten, mit Material und unbürokratischer Hilfe. Deutschland geht es wirtschaftlich noch vergleichsweise gut, aber Ländern wie Italien oder Spanien droht nach der gesundheitlichen die ökonomische Katastrophe. Da kann und muss Deutschland noch mehr tun.

Unsere Solidarität muss aber noch weiter reichen. Vergessen wir die nicht, die unter schlechtesten Voraussetzungen und erschwerten Bedingungen die Pandemie bekämpfen müssen: Staaten in Afrika, der Jemen, Haiti oder Afghanistan. Länder, in denen die Gesundheitssysteme schon immer schwach sind und der Appell zum Händewaschen bereits am mangelnden Wasser scheitern kann. Wir denken auch an die überfüllten Flüchtlingslager, auf Lesbos oder in der Türkei. Auch hier kann die neue Krankheit eine humanitäre Katastrophe verursachen. Noch hat die Bundesregierung die globalen Auswirkungen zu wenig im Blick, wir werden dies weiter massiv einfordern.

Was kommt danach?

Natürlich hoffen wir, bald Licht am Ende des Tunnels zu sehen, die tief greifenden Veränderungen der kommenden Zeit gemeinsam meistern zu können. Das milliardenschwere Hilfspaket wird viele unterstützen und die gravierenderen ökonomischen und sozialen Auswirkungen begrenzen. Gleichzeitig müssen wir unser Gesundheitssystem dafür rüsten, die Epidemie für einen längeren Zeitraum unter Kontrolle zu halten, bis ein Impfstoff gefunden ist. Und es gilt, Vorbereitungen zu treffen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, aber gleich in die richtige Richtung: mit einem gemeinsamen Aufbruch für nachhaltige, für ökologisch sinnvolle Investitionen.

Jede und jeder von uns spürt, dass die Corona-Pandemie auch etwas mit uns Menschen macht. Wenn wir vielleicht nicht nur um den Job bangen, sondern um geliebte Menschen. Wir können Hoffnung daraus schöpfen, dass über 40 Forschungsprojekte weltweit daran arbeiten, bald einen Impfstoff zu finden. Wir setzen weiter auf die Disziplin jeder und jedes Einzelnen, um den Verlauf der Pandemie abzuschwächen. Viele Ansätze einer neuen Solidarität weisen darauf hin, dass wir als Gesellschaft wieder zusammenwachsen können. Neben vereinzelt Fällen von Skrupellosigkeit, wenn etwa Desinfektionsmittel aus Krankenhäusern entwendet werden, geht doch eine Welle der Hilfsbereitschaft durchs Land. Fremde kaufen für alte Menschen ein. Andere machen virtuelle Kinderbetreuung, streamen Lesungen und kaufen Gutscheine bei kleinen Läden, damit die noch Einnahmen haben. Auf den Balkonen wird musiziert und abends als Dank für die Helferinnen und Helfer geklatscht. Große Unternehmen stellen die Produktion um, damit Krankenhäuser essenzielle Hilfsmittel zur Verfügung haben. Wir sind zutiefst dankbar und gerührt, wie derzeit auch ohne physisches Zusammensein das Miteinander wächst. Wir können dieses Virus nur gemeinsam besiegen und dieses Gefühl, dass wir einander brauchen, sollten wir mit in die Zukunft tragen.

Katrin Göring-Eckardt
Fraktionsvorsitzende

Dr. Anton Hofreiter
Fraktionsvorsitzender

● gruene-bundestag.de/coronakrise

ZUSAMMEN FÜR

EINHEIT IN VIELFALT

Unser Land hat ein Rassismusproblem. Das hat jetzt auch die Bundesregierung erkannt und einen Kabinettsausschuss zu dem Thema gebildet. Die Morde von Hanau sind nur das jüngste Glied in einer Kette von Anschlägen gegen Menschen aus unserer Mitte. Rechtsextreme Gewalt und alltägliche rassistische Anfeindungen greifen um sich. Wir sind als Gesellschaft gefordert, gemeinsam dagegen anzugehen und unsere plurale Demokratie zu verteidigen.

„Die Opfer waren keine Fremden“ – dieser Satz stand im Zentrum der Trauerfeier für die Opfer von Hanau. Unmittelbar nach der Tat war dagegen oft von „fremdenfeindlichen“ Morden die Rede, sie sei ein Angriff auf uns alle gewesen. Beides ist falsch. Die Opfer waren Bürgerinnen und Bürger von Hanau, Freundinnen und Freunde, Verwandte, Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen. Der Täter mordete aber aus rassistischen Motiven, seine Gewalt richtete sich gezielt gegen die migrantische Community. Hanau war ein Angriff auf einige von uns, doch er geht uns alle an.

Seit Jahren schon haben Menschen mit Rassismuserfahrung vor so einem Angriff gewarnt. Doch die Mehrheitsgesellschaft hat nicht auf sie gehört, hat ihre Angst nicht ernst genommen. Auch die lange Reihe rassistisch motivierter Taten – von Lichtenhagen, Mölln und Solingen über die Mordserie des NSU bis zum Mord an Walter Lübcke und dem Anschlag von Halle – hat daran wenig geändert. Nach Zählungen der Amadeu Antonio Stiftung starben seit 1990 über 200 Menschen durch rechte Gewalt.

Was ist zu tun? Zur Tagesordnung überzugehen, verbietet sich. Es geht um sehr viel. Es geht darum, gemeinsam dagegen anzugehen und unsere plurale Demokratie zu verteidigen. Das Versprechen unseres Grundgesetzes und die Lehre aus unserer Geschichte sind doch, alles zu tun, um Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in unserem Land zu bekämpfen. Das schulden wir den Opfern und allen anderen, die davon betroffen sind. Es ist unsere Pflicht als Gesellschaft, in der die Würde jedes Menschen unantastbar ist.

ANGEFEINDET, BEDROHT, AUSGEGRENZT

Viele Menschen erleben es täglich, wegen ihrer vermeintlichen Herkunft oder ihres Glaubens, ihrer Hautfarbe oder ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität aus der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt zu werden. Ganz offensichtlich haben wir in unserem Land ein Rassismusproblem, und der Rassismus ist keine Randerscheinung, er wächst aus der Mitte der Gesellschaft. Wir brauchen deshalb dringend eine Debatte über das Fundament unserer pluralen Demokratie. Der antifaschistische Grundkonsens in unserem Land muss erneuert und zu einem antirassistischen Grundkonsens erweitert werden. Kein Mensch darf aufgrund zugeschriebener Merkmale wie zum Beispiel Hautfarbe, Glauben, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt werden, psychische oder körperliche Gewalt erfahren. Und niemand darf sich deshalb in unserer Mitte unsicher fühlen.

Auch Menschen, die sich für eine vielfältige Gesellschaft engagieren, werden zunehmend zur Zielscheibe von Hass und Gewalt: KommunalpolitikerInnen und Engagierte aus der Zivilgesellschaft, Kunst- und Kulturschaffende, JournalistInnen und AnwältInnen. Sie setzen sich für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung ein und erfahren dafür Hass und Hetze – ob im Netz oder auf der Straße. Das dürfen wir nicht zulassen, denn bricht dieses Engagement weg, dann wankt unsere Demokratie.

EIN STARKES WIR ALS ANTWORT

Die meisten Menschen in unserem Land lehnen Gewalt klar ab. Viele sind besorgt angesichts des Hasses und der Hetze, die in öffentliche Debatten eingezogen sind. Gerade deswegen braucht es als Antwort darauf ein starkes und entschiedenes Wir. Wir müssen mehr tun für eine Gesellschaft der vielen, in der sich alle sicher fühlen. Es braucht gesellschafts- und sicherheitspolitische Antworten, die den Zusammenhalt und das Miteinander stärken. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der Prävention liegen.

Wichtig sind Angebote an die BürgerInnen, die die Werte und Errungenschaften der Demokratie erlebbar und demokratische Mitbestimmung erfahrbar machen. Demokratieförderprojekte, die genau das leisten, sind für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert und müssen ausgebaut werden. Demokratisches Engagement braucht Schutz und Verlässlichkeit. Wir fordern daher seit Langem ein Demokratiefördergesetz als Grundlage für eine stabile Förderung solcher Projekte, doch die Union blockiert es bis heute.

Wir.

Wir alle sind gefragt, an einer pluralen und gleichberechtigten Gesellschaft mitzuwirken. Zum Beispiel, wenn wir Zeugen diskriminierender und herabwürdigender Äußerungen werden, ob in der U-Bahn oder auf Twitter. Oder wenn man Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Fremden erklärt, weil sie sich von der vermeintlichen Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Wir müssen dagegen vorgehen, wenn man Menschen die Wohnung oder den Job verwehrt, weil sie nicht Schmidt heißen, wenn ihre Hautfarbe oder das Geschlecht den Aufstieg in der Firma behindern. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass diesen Menschen das Recht zur Seite steht. Das gelingt nur, wenn das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz endlich grundlegend reformiert wird.

Es sind diese strukturellen, aber auch viele kleine Dinge des Alltags, die ausgrenzen. Wir wollen gleichberechtigte Zugehörigkeit und Teilhabe in der Gesellschaft durch ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht gewährleisten. Dazu gehört auch die Abkehr vom Abstammungsprinzip im Staatsangehörigkeitsrecht. Wir müssen alles unternehmen, um Diskriminierung und Ausgrenzung zu bekämpfen. Doch das reicht nicht. Menschen mit Einwanderungsgeschichte und ihr Potenzial müssen sichtbar in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten sein – in Behörden wie in der Politik, in Unternehmen wie in der Wissenschaft. Deshalb fordern wir ein Teilhabe- und Partizipationsgesetz auf Bundesebene, um rechtliche Gleichbehandlung, demokratische Teilhabe und Beteiligung auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

DER BUND IST GEFRAGT

Vom alltäglichen Rassismus zu tätlichen Angriffen ist es oft nur ein Schritt, er ist der Nährboden und der Zunder für rechtsextreme Gewalt. Durch Hetzreden von AfDlern, rechte Blogs und Bücher fühlen sich Rassisten in ihren Positionen bestätigt. Zu lange wurde das Ausmaß des Rechtsextremismus verkannt und die Bedrohung durch rechten Terror kleingeredet. Jetzt setzt sich langsam die Erkenntnis durch: Sie sind längst die zentralen Bedrohungen unserer Demokratie.

Der Kampf gegen Rassismus in allen Erscheinungsformen muss sich daher auch auf institutioneller Ebene widerspiegeln und konsequent vorangetrieben werden.

FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT, DIE DIE WÜRDE JEDES MENSCHEN SCHÜTZT

VON CLAUDIA ROTH

Auch einige Wochen nach den Anschlägen von Hanau fällt es mir schwer, meine Trauer und Wut in Worte zu fassen. Weil es eigentlich gar nicht möglich ist. Weil wir wahrlich nicht zum ersten Mal nach Worten ringen. Weil doch eigentlich Taten notwendig wären. Rassistisch motivierten Terror aber zu beschweigen, das verbietet sich.

Nennen wir das Problem also beim Namen: Rassismus. Und der entsteht nicht im luftleeren Raum.

Einerseits sind da die Hetzer und Stichwortgeber, auch in unseren Parlamenten. Sie wollen, dass wir uns an ihre entgrenzte Sprache gewöhnen, an die Angriffe auf Minderheiten, an ihre Ideologie der Ungleichwertigkeit. Sie wollen nicht diskutieren, sondern Diskurs zerstören. Sie wollen ihren Hass salonfähig machen. Mehr denn je ist es Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, sich dem mit aller Kraft entgegenzustellen.

Andererseits wäre es falsch, Rassismus allein als Phänomen der Extreme zu erklären, als ein Gift, das von außen auf uns einwirkt. Rassismus ist in unserer Gesellschaft fest verankert und allgegenwärtig. Er unterscheidet Menschen nach Herkunft, Kultur, Religion und weist einigen einen höheren, anderen einen niedrigeren Rang in der Gesellschaft zu – oft auch nur unterbewusst und niedrigschwellig. Für viele Menschen gehört dieser „strukturelle Rassismus“ seit Jahrzehnten zum Alltag. Und nicht selten geht er einher mit Sexismus und Frauenfeindlichkeit.

Wenn es nach Hanau nicht bei bloßen Bekundungen bleiben soll, muss unsere unbedingte Solidarität deshalb weiter reichen. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass Menschen wieder Angst haben in unserem Land. Beweisen wir, dass wir verstanden haben, was Diskriminierung und Ausgrenzung für die Betroffenen bedeuten: an der Uni, auf Jobsuche, bei der Wohnungsbesichtigung. Lassen wir nicht zu, dass alltäglicher Rassismus weiter kleingeredet wird, sondern gehen wir entschlossen dagegen vor. Und nehmen wir dabei auch selbstkritisch unser eigenes Verhalten in den Blick.

Kurzum: Gestalten wir gemeinsam eine Gesellschaft, in der die Würde jedes Menschen tatsächlich im Zentrum steht. Eine Gesellschaft, in der rechtsextreme und antifeministische Bestrebungen möglichst wenig Nährboden vorfinden. Eine solidarische Gesellschaft.



CLAUDIA ROTH
Bundestagsvizepräsidentin

Foto: Thomas Koehler/photothek.net

Wir fordern dazu auf Bundesebene die Stärkung der Antidiskriminierungsstelle und die Einrichtung einer Stabsstelle zur Bekämpfung jeder Art von Rassismus, die mit hinreichenden Befugnissen ausgestattet ist. Dazu gehören Akten-einsichtsrechte wie auch Weisungs- und Sanktionsbefugnisse. Das „Forum gegen Rassismus“ muss zu einer unabhängigen ExpertInnenkommission aufgewertet, neu aufgestellt und im Bundeskanzleramt angesiedelt werden. Wir brauchen mehr Wissen zu Erscheinungsformen und Folgen von Rassismus in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen, eine gründliche Bestandsaufnahme und die Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise. Überfällig ist auch ein institutioneller Dialog über den Umgang mit menschenfeindlichen Positionen in der Öffentlichkeit, an dem sich Wissenschaft und Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien beteiligen sollten.

In unseren Behörden und Institutionen darf Rassismus keinen Platz haben. Die meisten unserer BeamtInnen stehen treu zu unserem Grundgesetz. Wo es dennoch Missstände gibt, braucht es Aufklärung. Klare Verfehlungen müssen Konsequenzen haben. Um institutionellem Rassismus wirksam zu begegnen, muss es daher klare Zuständigkeiten und AnsprechpartnerInnen geben. HinweisgeberInnen dürfen nicht als NestbeschmutzerInnen gelten, sondern müssen in ihren Rechten gestärkt werden. Es darf nicht passieren, dass Betroffene zur erlebten Angst auch noch befürchten müssen, nicht ausreichend geschützt, nicht ernst genommen zu werden. Das gilt insbesondere im Hinblick auf unsere Sicherheitsbehörden.

WARUM WIR KÄMPFEN

VON RENATE KÜNAST

Das Netz ist zum Forum für Hass und Hetze geworden: Verleumdungen, Beschimpfungen und Bedrohungen treffen vor allem engagierte Menschen. Diese Vorfälle anzuzeigen, ist aufwändig und oft frustrierend, aber absolut notwendig!

Der Hass, der sich nicht nur im Netz äußert, ist keine Privatangelegenheit einzelner. Dahinter steht eine Strategie des organisierten Rechtsextremismus. Sein Ziel ist es, demokratische Strukturen zu zerstören. In wohl orchestrierten Hass-Kampagnen wollen seine Propagandisten und Anhänger engagierte Menschen mundtot machen. Der öffentlich verbreitete Hass bildet zugleich den Nährboden für weitere Radikalisierung, bei der aus Worten auch Taten werden. Fast 200 Menschen sind seit dem November 1990 von Rechtsextremisten ermordet worden – es begann nicht erst in Kassel, Halle oder Hanau. Wir stehen in der Verantwortung, vom Recht bis zu Prävention und Schutz jetzt alle Werkzeuge zu nutzen.



RENA TE KÜNAST
Sprecherin für Ernährungspolitik

Können wir die TäterInnen zur Verantwortung ziehen? Ja, insbesondere durch eine strafrechtliche Verfolgung oder zivilrechtliche Klagen. Damit senden wir zugleich das Signal an alle Betroffenen, dass sie sich Hass und Hetze übelster Art nicht gefallen lassen müssen. Bei Polizei, Justiz, Verfassungsschutz und Politik entsteht dadurch ein wachsender Handlungsdruck. Meine Hoffnung ist, dass wir damit auch eine andere, angemessenere Rechtsprechung bewirken.

Unabhängig davon brauchen die Betroffenen aber auch Beratung. Ein flächendeckendes, niedrigschwelliges und kostenfreies Angebot, wie es HateAid bereitstellt. Es gibt auch deutliche Hinweise, dass das Thema endlich auf der politischen Agenda angekommen ist. So werden bereits Schwerpunktstaatsanwaltschaften ausgebaut, die sich vorrangig mit dieser Problematik befassen. Zudem soll die Ermittlung von TäterInnen in Zivilrechtsverfahren erleichtert werden. Diesen Erfolg haben wir engagierten Menschen und einer vielfältigen Zivilgesellschaft zuzuschreiben, die Hass im Netz beharrlich thematisiert.

KONSEQUENT GEGEN RECHTSEXTREME GEWALT

Es muss dringend geklärt werden, wie so viele Rechtsextreme, gegen die ein Haftbefehl vorliegt, untertauchen konnten. Diese Personen müssen schnellstmöglich ausfindig gemacht werden. Nicht nachvollziehbar ist auch, dass angesichts einer hohen Zahl gewaltbereiter Rechtsextremer nur vergleichsweise wenige Personen als rechtsextreme Gefährder eingestuft werden. Solche Bewertungen gehören auf den Prüfstand. Der Bundesinnenminister gibt inzwischen zu, dass im Kampf gegen rechts nicht genug getan wurde – eine längst überfällige Erkenntnis.

Statt Lippenbekenntnissen brauchen wir jedoch eine neue Schwerpunktsetzung. Wir brauchen Klarheit über Versäumnisse und hinderliche Strukturen. Um den Austausch zwischen staatlichen Akteuren, Wissenschaft und Zivilgesellschaft dauerhaft zu verankern, fordern wir weiterhin die Einrichtung eines unabhängigen Instituts zum Schutz der Verfassung.

Rechtsextreme Gewalttäter bekommen immer noch zu einfach Zugang zu Waffen. Zwar wurde das Waffenrecht Mitte Februar verschärft, aber nicht konsequent genug. Es bleibt beispielsweise problematisch, dass Sportschützen ihre Waffen und Munition zu Hause lagern dürfen. Das muss aus unserer Sicht geändert werden.



Katrin Göring-Eckardt am Ort des Anschlags in Hanau.

Foto: Patrick telligmann

FÜR EINHEIT IN VIELFALT

Unsere Antworten auf Rechtsterrorismus und Rassismus müssen unsere Gesellschaft als Ganzes genauso in den Blick nehmen wie die innere Sicherheit. Die Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt dürfen wir nicht den Betroffenen zuschieben. Hier ist die ganze Gesellschaft in der Verantwortung. Lasst uns deshalb zusammenstehen gegen Rassismus, gegen Hass und gegen Entmenschlichung. Machen wir Einheit in Vielfalt zu unserem gemeinsamen Ziel.

● gruene-bundestag.de/rechtsextremismus



KATRIN GÖRING-ECKARDT
Fraktionsvorsitzende



DR. ANTON HOFREITER
Fraktionsvorsitzender



FILIZ POLAT
Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik



DR. KONSTANTIN VON NOTZ
Stellv. Fraktionsvorsitzender

RASSISMUS WIRKUNGSVOLL ABBAUEN

VON ESRA KÜÇÜK – Auszug ihrer Rede in der Sitzung der grünen Bundestagsfraktion am 3. März 2020

Die Ermordung neun junger Menschen in Hanau, das Attentat auf die jüdische Gemeinde in Halle, das Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, der Mord an Walter Lübcke – diese Taten reihen sich ein in eine jahrzehntelange rechtsterroristische Kontinuität. Trotz ihrer Tragik und Unfassbarkeit überraschen diese Verbrechen viele Menschen, die in ihrem Alltag Rassismus erleben müssen, leider nicht.

Deutschland hat ein strukturelles Problem mit rechtem Terror. Der Tod dieser Menschen steht im Zusammenhang mit der staatlichen und gesellschaftlichen Verharmlosung rechter Gewalt, mit dem Ignorieren der Stimmen derjenigen, die von Rassismus betroffen sind, und einer politischen Kultur, die eine neue faschistische Bewegung zum Gesprächspartner macht. Das Versprechen dieser Republik, die sich aus der Erfahrung des Nationalsozialismus gegründet hat, lautet, Minderheiten nie wieder einer völkischen Politik und ihren Handlangern auszuliefern.

JüdInnen, Schwule, Lesben, Queere, Schwarze, People of Color und MuslimInnen fühlen sich seit Hanau und Halle, Chemnitz, Kassel und dem NSU akut bedroht. Sie fordern, dass die plurale Demokratie ihr Versprechen einlöst. Es geht also um den Schutz von weit mehr als jenem Viertel der Bevölkerung, welches auf Beamtendeutsch einen Migrationshintergrund hat. Es geht darum, die Perspektive umzukehren: Nazis sind nicht ausländerfeindlich, sondern Feinde der vielfältigen Bevölkerung dieses Landes.

Nicht die Bedrohten sollten über Auswanderung nachdenken, sondern diejenigen, die mit der Ideologie des Mörders der neun Hanauer sympathisieren. Für sie ist kein Platz in diesem Land.

Nach Hanau bleibt zu hoffen, dass wir nicht zur Routine zurückkehren. Endlich wird auf höchster politischer Ebene erkannt, dass Rechtsextremismus derzeit die größte Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellt. Wir sollten diese Entwicklung nicht mehr nur bedauern, sondern substantielle, quantifizierbare und wirkungsvolle politische Antworten auf die Frage finden, wie wir die Rassismuskrise in Deutschland überwinden können.

Das ist keine Utopie, sondern eine Frage konkreter politischer Entscheidungen. Ziel muss eine Neuformulierung der Grundlagen dieser Demokratie sein, die auf den Trümmern des Nationalsozialismus errichtet worden ist – und diese Grundlage heißt „postmigrantischer Antifaschismus“.

Warum gibt es in Deutschland, wo die Rate der rechten Terrorgewalt deutlich höher ist als in anderen europäischen Ländern, keine objektivierbaren und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens angewandten Mindeststandards für Rassismusschutz? Eine/ein Beauftragte/-r gegen Rassismus könnte überprüfbare Kriterien für Behörden, Polizei, Justiz, Schule, Feuerwehr etc. entwickeln. Und wieso führen wir nicht ein Barometer ein, das den Stand des Rassismusklimas in Deutschland transparent macht? Ein unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung – nach dem Vorbild von Oslo nach den Breivik-Attentaten – könnte hier den Anfang machen. Es ist an der Zeit, die Rassismusabbaufähigkeit in diesem Land zu erforschen. Lasst uns nicht zur Normalität zurückkehren. Lasst uns gemeinsam dem Rassismus entgegentreten – mit aller strukturellen, inhaltlichen und personellen Stärke unserer Institutionen.

ESRA KÜÇÜK, Geschäftsführerin der Allianz Kulturstiftung

KUNSTFREIHEITSKÄMPFER

Musiker, Musikvertriebsmanager und Späteinsteiger in die Politik. Erhard Grundl ist Sprecher für Kulturpolitik, kämpft für die Kunst und gegen das Vergessen von Opfern staatlicher Gewalt.

„Früher dachte ich, Individualismus sei der Schlüssel für positive Veränderungen“, sagt Erhard Grundl. „Heute weiß ich, dass im Zusammenwirken für eine gemeinsame Überzeugung die Kraft liegt.“ Als ihm das irgendwann klar geworden war, war das wohl auch der Übergang vom „I am an anarchist“ zu „Ich mache jetzt Kommunalpolitik“. Stadtrat statt Sex Pistols. Doch das Interesse an Politik und Gesellschaft spiegelte sich schon früh in seinem Musikgeschmack. Seine Lieblingsband The Clash kokettierte mit dem Sozialismus und stellte das Establishment infrage. Haltung zu zeigen und sich selbst immer wieder zu hinterfragen ist Erhard Grundl wichtig. „Ich mag mich nicht mit Jasagern umgeben“, erzählt der 57-Jährige aus dem niederbayrischen Straubing. „Ich brauche Freunde und Familie, die mir ehrlich sagen, wenn ich irgendeinen Quatsch mache, als Bullshit-Detektor sozusagen.“

Sich auf ausgetretenen Pfaden der Gradlinigkeit zu bewegen, war nie sein Ding. Studiert hat er ein paar Semester Sozialpädagogik und Betriebswirtschaftslehre, aber viel wichtiger war ihm die Leidenschaft für die Musik. Mit seiner Rockband „Baby You Know“ war er auch nicht ganz erfolglos – immerhin wurde ein Album von Robert Forster (The Go-Betweens) produziert. Weil sie als Band trotzdem nicht von der Musik leben konnten, wechselte Erhard Grundl auf die andere Seite und wurde Musikvertriebsmanager.

Auch heute als Sprecher für Kulturpolitik treibt ihn der Wunsch an, Rock und Pop stärker zu fördern. Dahinter steckt aber mehr als eigene Erfahrung. „Wenn man sich anschaut, was Rock- und Popmusik für

die Gesellschaft leisten, dann ist das völlig unterfinanziert“, erklärt er. Nach herkömmlichem Kulturverständnis gelten Rock und Pop eher als Privatvergnügen. Das will er ändern. Wichtig ist ihm eine gute Strukturförderung, zum Beispiel für Proberäume. Nur die Leuchttürme im Blick zu haben und möglichst viele Preise zu verleihen, greift für ihn zu kurz. Und was Erhard Grundl nicht will, ist E- und U-Kultur gegeneinander auszuspielen. „Ich möchte Bayreuth kein Geld wegnehmen, sondern in einem größeren Etat mehr Spielraum für Rock- und Popkultur haben.“

Seit 2017 sitzt Erhard Grundl im Bundestag. „Ich bin jetzt in der dritten Klasse und lerne immer noch jeden Tag etwas Neues.“ Wenn er das sagt, schwingen Neugier und Begeisterung für seine Position mit. Ganz besonders schätzt er die Arbeit im Team: „Ich kann meinen Job gut machen, weil ich so hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe“, betont er. „Das fühlt sich an wie ein Surfbrett, auf dem ich sicher durch die unruhigen Wellen des Politikbetriebs gleiten kann.“

Und unruhig ist es immer wieder. „Die Kulturpolitik ist ein Kampffeld“, stellt Erhard Grundl unmissverständlich klar. Rechte Gruppen und Parteien setzen in vielen europäischen Ländern Kultureinrichtungen unter Druck, eine nationalistische Kulturpolitik soll nur noch „das Eigene“ fördern. Hier gilt es gegenzuhalten. Deshalb hat er 2018 gemeinsam mit Claudia Roth die Brüsseler Erklärung für die Freiheit der Kunst initiiert. Viele Künstlerinnen und Künstler unterstützen sie. „Auch einen Tag der Kunstfreiheit möchten wir anregen“, sagt Erhard Grundl. „Uns geht es darum, das Thema in anderer Form sichtbar zu machen und ein Zeichen zu setzen gegen die Leitkulturdebatte.“

Auch vor diesem Hintergrund hat die Erinnerungskultur für ihn eine besondere Bedeutung: „Wir müssen die Erinnerung an die Verbrechen im Dritten Reich wachhalten, nicht zuletzt als Mahnung, wie schnell das gesellschaftliche Klima kippen kann.“ Zuletzt hat er sich für Opfergruppen der Nazidiktatur eingesetzt, die bis heute auf Anerkennung hoffen. „Es geht um Menschen, die noch leben, aber sehr, sehr alt sind und endlich Gerechtigkeit erfahren sollen“, betont er. Einen entsprechenden Antrag hat der Bundestag angenommen. „Jetzt muss aber auch Regierungshandeln folgen“, fordert Erhard Grundl. „Das ist schon mein Anspruch an Politik. Sie muss Ergebnisse liefern, die für die Menschen greifbar sind und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern.“

Anm.d.Red.: Für dieses Porträt haben wir Erhard Grundl vor der Corona-Krise interviewt. Kulturschaffende sind von der Krise stark betroffen. Wir fordern neben dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung, das nicht reicht, einen gut ausgestatteten Notfallfonds.



BIOGRAFIE:

- Seit 2004 Mitglied bei Bündnis 90/ Die Grünen
- Seit 2008 Stadtrat in Straubing
- Seit 2012 Bezirksvorsitzender der Grünen Niederbayern
- Seit 2017 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Sprecher für Kulturpolitik und Mitglied im Sportausschuss



Foto: Ashley Cooper, picture alliance/Photoshot

Von der Waschmaschine bis zum Smartphone – jedes Jahr kommen mehr Elektrogeräte auf den Markt. Damit wachsen auch die Probleme: Verschwendung von Ressourcen und Berge von Elektroschrott. Höchste Zeit, unser Produzieren und Konsumieren zu überdenken und neue Wege zu beschreiten.



Foto: Walter Bieri, picture alliance/Keystone

DR. BETTINA HOFFMANN, TABEA RÖßNER, DIETER JANECEK

REPAIR, REUSE, RECYCLE



Foto: Winfried Rothermel, picture alliance

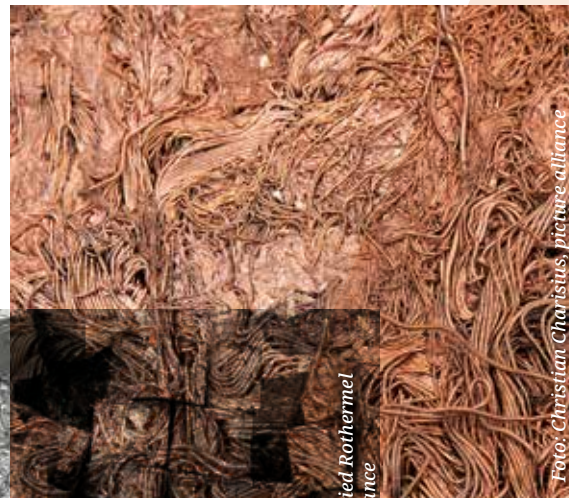


Foto: Christian Charisius, picture alliance

Die Digitalisierung, neue Technologien und Angebote lassen die Zahl elektrischer Geräte immer weiter steigen. Allein 2017 wurden in Deutschland rund 2,1 Millionen Tonnen Elektro- und Elektronikgeräte in Verkehr gebracht – eine Steigerung um fast 30 Prozent binnen zehn Jahren.

Wer am gesellschaftlichen Leben teilhaben will, kommt ohne Smartphone, Tablet oder Computer heute nicht mehr aus. Arbeit und Kommunikation, Information und Freizeitgestaltung sind mittlerweile nahezu vollständig auf den Gebrauch der digitalen Endgeräte ausgerichtet. Das E-Bike findet immer mehr Zuspruch und schafft für PendlerInnen eine Alternative zum Auto. Selbst Waschmaschinen und elektrische Zahnbürsten sind heute „smart“: Sensoren steuern die Auswahl von Programmen und die Dosierung von Waschmitteln, über eine App lassen sich individuelle Einstellungen speichern und organisieren, Nutzungsdaten werden übermittelt und ausgewertet.

Viele digitale Anwendungen und Produkte bieten ökologische Chancen. Sie schaffen Transparenz entlang der Rohstofflieferketten, bringen Fortschritt durch effizientere Technik. Allerdings birgt die stetige Zunahme von Geräten und Anwendungen auch die Gefahr, dass Strom- und Energieverbrauch explodieren. Insbesondere Rebound-Effekte gilt es zu vermeiden: Wenn zum Beispiel VerbraucherInnen ihr altes Elektrogerät jedes Jahr durch ein neues, stromsparenderes Modell ersetzen, dann nutzen in der Gesamtbilanz zwar alle immer effizientere Geräte. Allerdings nimmt auch die Menge an Elektroschrott unaufhaltsam zu.

Heute neu, morgen schon E-Schrott?

Allein in Deutschland gehen jedes Jahr 24 Millionen neue Smartphones über den Ladentisch. In jedem davon sind rund 60 verschiedene Rohstoffe verbaut. Die Rohstoffgewinnung ist mit erheblichen, teils irreversiblen Umweltzerstörungen verbunden. Abbau und Verarbeitung sind extrem energieintensiv, gerade bei den sogenannten Konfliktmineralien sind die sozialen und menschenrechtlichen Folgen katastrophal. Der größte ökologische Fußabdruck entsteht bei der Herstellung der Geräte. Dann sollten sie zumindest lange halten, doch darauf ist kein Verlass.

Wenn Handy oder Kaffeevollautomat, Smoothiemixer oder Laptop schon nach kurzer Zeit den Geist aufgeben, ist das nicht nur ein Ärgernis für die VerbraucherInnen. Es heißt auch die Verschwendung wertvoller Rohstoffe weiter an. Dem Trend zu Wegwerfprodukten wollen wir eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft entgegensetzen. Das Umdenken muss schon beim Produktdesign ansetzen, alle Verfahrensschritte sind darauf auszurichten, Elektroschrott zu vermeiden und Wertstoffkreisläufe zu schließen. Das hat auch die EU-Kommission erkannt und mit ihrem Aktionsplan für eine europäische Kreislaufwirtschaft die richtigen Akzente gesetzt.



Foto: Markus Scholz, picture alliance /dpa

Wir wollen, dass Geräte wieder langlebig und reparierbar sind. Dadurch senken wir den Bedarf an immer neuen Geräten und damit auch den Ressourcenverbrauch. Zugleich müssen wir ausgediente Altgeräte sinnvoll nutzen und in den Kreislauf zurückführen. Sie sind ein riesiges Rohstofflager, das wir durch hochwertiges Recycling erschließen wollen. So gewinnen wir die Rohstoffe für neue Elektrogeräte direkt bei uns und verkleinern den Ressourcen-Fußabdruck unseres Konsums.

Recht auf Reparatur!

Ist beim Smartphone nur der Akku kaputt, dann muss oft gleich ein neues Gerät her. Besser wäre es, wenn man solche Teile selbst reparieren oder austauschen könnte. Wir wollen daher ein Recht auf Reparatur etablieren. Indem wir außerdem die Mehrwertsteuer für diese Dienstleistungen reduzieren, wird Reparieren für die VerbraucherInnen günstiger und attraktiver als Neukaufen. Viele Menschen haben das Ausmaß der Verschwendung schon lange satt und engagieren sich in Reparaturnetzwerken oder Repair-Cafés. Auch gemeinnützige Initiativen setzen sich dafür ein, Elektrogeräte instand zu setzen und sie an karitative Einrichtungen weiterzugeben. Dieses Engagement wollen wir stärken.

Die Grundlage für ein Recht auf Reparatur sind verbindliche Designvorgaben. Das Ziel muss sein, elektronische Geräte so zu konstruieren, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Die Hersteller von Elektrogeräten wollen wir auf europäischer Ebene in die Pflicht nehmen. Die Anforderung ist, Geräte modular zu gestalten sowie Ersatzteile und Reparaturanleitungen für die erwartete Lebensdauer eines Gerätes bereitzustellen. Nach Ablauf dieser Frist sollen allgemein zugängliche Bauanleitungen für Ersatzteile zur Verfügung stehen, die NutzerInnen beispielsweise per 3-D-Druck selbst herstellen können.



Foto: Daniel Kamann, dpa, picture alliance

Repair-Café in Nürnberg
Hier werden defekte Handys, Staubsauger, Kaffeemaschinen und vieles andere repariert.

Auch nicht funktionierende Software kann ein funktionsfähiges Gerät lahmlegen, wenn zum Beispiel der Support für ein Gerät eingestellt wird, keine Sicherheitsupdates mehr zur Verfügung gestellt werden oder die Folgeversion der Software nicht mehr auf der alten Hardware läuft. Hersteller sollen deswegen bereits beim Kauf durch ein Label kenntlich machen, wie lange sie Ersatzteile und Softwareupdates anbieten. Außerdem muss es möglich sein, Geräte auch mit einer anderen Software zu betreiben. Dazu braucht es offene Standards für Hardware und Software, untereinander kompatible Systeme (Interoperabilität) und die Veröffentlichung der Softwarecodes nach dem Supportende. Allgemeingültige Standards, zum Beispiel für Ladekabel, sollen verhindern, dass ein Gerät bereits durch fehlendes Zubehör unbrauchbar wird.

Wir wollen auch das Gewährleistungsrecht scharf stellen, um die Rechte der VerbraucherInnen zu stärken und einen klaren Anreiz zur Vermeidung von Elektroschrott zu setzen. Für langlebige Elektro- und Elektronikgeräte wie Waschmaschinen oder Kühlschränke sollen zukünftig deutlich längere Gewährleistungsfristen gelten. Außerdem wollen wir die Beweislast für die gesamte Zeitspanne der Gewährleistungsfrist umkehren. Der Verkäufer soll nachweisen müssen, dass ein Mangel erst nach dem Verkauf des Produktes aufgetreten ist.

Zeit für ein Handypfand

Viele Altgeräte können für eine Wiederverwendung aufbereitet oder einem hochwertigen Recycling zugeführt werden. So gehen die darin verbauten Rohstoffe nicht verloren. Die Grundlage dafür ist eine gut organisierte, möglichst lückenlose Sammlung ausgedienter Geräte. Davon sind wir allerdings ein gutes Stück entfernt: Bislang wird mehr als die Hälfte der Elektro- und Elektronik-Altgeräte illegal entsorgt, exportiert oder sie verstauben in Schubladen und Abstellkammern. Das europäische Sammelziel von 65 Prozent wird weit verfehlt. Allein 124 Millionen alte Handys liegen ungenutzt in deutschen Haushalten.

Als Anreiz, ausgediente Geräte zurückzugeben, schlagen wir für Smartphones und Tablets ein Pfand in Höhe von 25 Euro vor. Die Rückgabe von Altgeräten soll generell einfacher werden. Vom großen Online-Marktplatz wie Amazon bis hin zu Lebensmitteldiscountern wie Aldi oder Lidl wollen wir die Händler in die Pflicht nehmen: Wer neue Geräte verkauft, soll auch die alten zurücknehmen. Auch der Online-Handel muss zukünftig Rückgabestationen in allen Postleitzahlgebieten mitfinanzieren. So schaffen wir ein flächendeckendes Rückgabernetz.

Aus Alt mach Neu

Nicht alle ausgedienten Smartphones, Fernseher oder Kaffeautomaten sind schon ein Fall fürs Recycling. Viele Geräte müssten nur gereinigt und aufbereitet werden. Unser Ziel ist, auf diese Weise die Quote wiederverwendeter Geräte deutlich zu erhöhen, bis 2030 sollen mindestens 15 Prozent der gesammelten Altgeräte entsprechend aufbereitet werden. Heute ist es nicht mal ein Prozent.

Ist ein Gerät nicht mehr zu retten, müssen die verbauten Rohstoffe hochwertig recycelt werden. Bislang beschränkt sich das Recycling vor allem auf Massenmetalle wie Kupfer und Aluminium sowie einige Edelmetalle. Kritische Industriemetalle wie seltene Erden oder Tantal werden heute oftmals gar nicht zurückgewonnen. Was fehlt, ist ein gutes Stoffstrommanagement. Das wollen wir ändern, indem wir durch materialspezifische Recyclingquoten Anreize zur Rückgewinnung schaffen.

Ambitionierte Recyclingquoten allein reichen allerdings noch nicht aus, um die Kreisläufe wirklich zu schließen. Gold, seltene Erden oder Kobalt aus einem alten Smartphone müssen auch wieder in neuen Elektrogeräten verwendet werden. Damit das gelingt, wollen wir in der EU klare Standards und verbindliche Quoten für den Einsatz recycelter Materialien in neuen Produkten einführen. So schaffen wir Märkte für diese Materialien und setzen echte Stoffkreisläufe in Gang. Auch die öffentliche Hand muss bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

In einer konsequenten Kreislaufwirtschaft können wir auch auf bessere Produktstandards hinwirken. Statt billigem Elektroschrott müssen mehr nachhaltige und qualitativ hochwertige Geräte auf den Markt kommen. Die Rohstoffe hierfür wollen wir verlustfrei in geschlossene Kreisläufe führen. So setzen wir auch klare Leitplanken, um den ökologischen Fußabdruck der Digitalisierung zu senken. Zugleich stellen wir digitale Technologien in den Dienst einer Transformation zur Nachhaltigkeit.

Denn digitale Innovationen können ein entscheidender Hebel im Kampf gegen die Klimakrise sein. Beispielsweise, wenn wir damit unsere Mobilität komplett neu steuern. Das Smartphone in der Tasche wird zur Mobilitätszentrale, damit kann sich jede und jeder nach Bedarf Bus und Bahn, Car- und Bikesharing zusammenstellen. In der Stadt und auf dem Land können wir so neue Mobilitätsdienste wie smarte Sammeltaxis und Rufbusse 2.0 voranbringen. Oder wenn es im Energiesektor gelingt, die Nachfrage nach Strom – aus erneuerbaren Energien natürlich – abhängig vom Stromangebot klug zu steuern. In einer digital vernetzten Stromwelt laden beispielsweise nicht alle gleichzeitig ihre E-Autos nach Feierabend wieder auf, sondern verteilt über den ganzen Tag.

Diese vielfältigen Chancen und Potenziale der Digitalisierung wollen wir für die sozial-ökologische Transformation nutzen, anstatt sie mit einem höheren Verbrauch wertvoller Rohstoffe teuer zu erkaufen. Dazu hat unsere Fraktion entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht.

● [gruene-bundestag.de/umwelt](https://www.gruene-bundestag.de/umwelt)



DR. BETTINA HOFFMANN
Sprecherin für Umweltpolitik



TABEA RÖSSNER
Sprecherin für Netzpolitik



DIETER JANECEK
Sprecher für Industriepolitik und digitale Wirtschaft

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

AK EINS Wirtschaft, Finanzen & Soziales

RECHT AUF HOMEOFFICE EINFÜHREN

Der Bundesinnenminister wurde kürzlich mit den Worten zitiert: „Sie können ein Ministerium auch von zu Hause aus führen.“ Was in der Corona-Krise zur Notwendigkeit wird, wünschen sich 30 Prozent der Beschäftigten schon lange: die Möglichkeit, zeitweise von zu Hause zu arbeiten. Aber nur jeder Zehnte kann das tatsächlich auch tun. Diese Diskrepanz wollen wir verkleinern, denn Homeoffice hat – auch jenseits der aktuellen Krise – viele Vorteile: mehr Freiheit und Selbstbestimmung für Beschäftigte, bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären oder anderen gesellschaftlichen Verpflichtungen. Zudem reduzieren sich die Wege zur Arbeit und damit das Verkehrsaufkommen. Um zu erreichen, dass Homeoffice vom Privileg für wenige zum Recht für viele wird, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessern: Es soll ein Recht auf Arbeit an einem selbst gewählten Ort eingeführt werden, sofern dem keine betrieblichen Gründe entgegenstehen und bei dem sichergestellt ist, dass die Arbeitszeit im Homeoffice nicht überhandnimmt. Wir sind überzeugt: Mehr Lebens- und Arbeitsqualität bringen eine Win-win-Situation für Unternehmen und Beschäftigte.

- gruene-bundestag.de/homeoffice

100 JAHRE SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

1920 nahmen die ersten Schwerbehindertenvertretungen (SBV) ihre Arbeit auf. Seitdem tragen sie mit großem Engagement dazu bei, die Beschäftigung behinderter Menschen zu erleichtern oder erst zu ermöglichen. Sie müssen bei Neueinstellungen und Kündigungen gehört werden, kümmern sich um barrierefreie und altersgerechte Arbeitsplätze und beraten behinderte Beschäftigte. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums untersucht die grüne Bundestagsfraktion, wie SBV zukünftig besser dabei unterstützt werden können, den Arbeitsmarkt inklusiver zu gestalten. Dafür nehmen wir die Änderungen des Bundesteilhabegesetzes 2017 und bestehende Änderungsbedarfe in den Blick und wollen ausloten, wie SBV dazu beitragen können, dass behinderte Menschen den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen.

- gruene-bundestag.de/sbv



Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

BUNDESREGIERUNG MUSS ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR VIEL STÄRKER FÖRDERN

Vor vier Jahren wollten Union und SPD die Bundesmittel für den städtischen Verkehr dauerhaft auf einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag begrenzen und damit auf einen Bruchteil dessen, was Jahr für Jahr für den Autoverkehr ausgegeben wird. Auf bezahlbare Mobilität für alle legten die Volksparteien offenbar wenig Wert. Wir Grüne im Bundestag haben mit einem eigenen Gesetzentwurf die Bundesregierung unter Druck gesetzt und ihr die Möglichkeit gegeben, unsere Vorschläge umzusetzen. Mit ersten Erfolgen: Die finanzielle Zurückhaltung ist passé und die Fördertatbestände wurden erneuert. Jetzt können auch bestehende Netze saniert und stillgelegte Strecken reaktiviert werden. Für eine Verkehrswende reichen die Gesetzesänderungen jedoch nicht aus. Wir machen uns dafür stark, städtische Räume neu aufzuteilen, mehr Straßenbahnen zu schaffen und auch den Fuß- und Radverkehr umfassend zu fördern. So werden Verkehrsbelastungen vermindert, die Luft wird sauberer und Menschen kommen schneller und komfortabler von A nach B.

- gruene-bundestag.de/gvfg

ERNEUERBARE ANSCHIEBEN STATT KOHLE VERLÄNGERN

Die Kohlekommission legte vor einem Jahr ihren Bericht vor, der das stetige Abschalten von Kohlekraftwerken empfiehlt. Die Bundesregierung setzt – ein Jahr später! – in ihrem vorgelegten Gesetzentwurf den Beschluss der Kohlekommission leider so nicht um und macht ausgerechnet beim zentralen Punkt Klimaschutz einen gesellschaftlichen Konflikt wieder auf, anstatt ihn zu befrieden. Gut ist, dass nun der Kohleausstieg auch per Gesetz endlich losgeht. Klimapolitisch fatal dagegen ist, dass die Abschaltung großer Kraftwerke weit nach hinten verschoben wird. So sind die notwendige CO₂-Reduktion und die Pariser Klimaziele nicht zu erreichen. Und jetzt als erstes in Datteln noch ein zusätzliches Kohlekraftwerk in Betrieb zu nehmen, ist ein völlig falsches Signal. Wenn hier nichts Entscheidendes geändert wird, werden wir diesem „Kohleausstiegsgesetz“ nicht zustimmen.

Parallel muss die Bundesregierung endlich den Ausbau der erneuerbaren Energien wieder in Schwung bringen, anstatt ihn durch Ausbaudeckel, Abstandsregelungen, fehlende Flächenvorgaben und Anreize zu behindern.

- gruene-bundestag.de/kohleausstieg



Foto: picture alliance

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

KÜNDIGUNGSBUTTON EINFÜHREN

Jede Person, die online mal einen Vertrag geschlossen hat und diesen wieder kündigen wollte, hat es schon erlebt: Es ist oft sehr kompliziert. „Klick rein in den Vertrag“ geht schnell, „Klick raus“ dagegen nicht. Ein Verbraucherärgernis und häufig auch eine Kostenfalle, wenn dadurch rechtzeitiges Kündigen verhindert wird. Wir meinen: Vertragskündigungen müssen online genauso einfach und niedrigschwellig sein wie der Vertragsabschluss. Kernforderung ist, die Pflicht zu einem Kündigungsknopf im digitalen Geschäftsverkehr vorzusehen. Auch muss eine E-Mail-Adresse klar und verständlich, als elektronisches Postfach für alle rechtserheblichen Erklärungen, benannt werden. Der Eingang von Kündigung, Widerruf oder Rücktritt muss unverzüglich elektronisch bestätigt werden. Pflichtverstöße müssen geeignete Sanktionen zur Folge haben.

- gruene-bundestag.de/kuendigungsbutton

SCHNELLE HILFE FÜR SCHUTZBEDÜRFTIGE ASYLSUCHENDE

Auf griechischen Inseln herrschen Zustände wie in einem Katastrophengebiet. Die Situation von Geflüchteten in Lagern wie Moria auf Lesbos ist unerträglich. Mittlerweile haben sich über 140 Städte und Gemeinden in Deutschland zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie wollen aus Seenot gerettete Menschen beziehungsweise schutzbedürftige Flüchtlinge aus den völlig überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland aufnehmen. Innenminister Seehofer muss endlich das Engagement der Kommunen ernst nehmen und seine Blockade aufgeben. Wir fordern ein Aufnahmekontingent von 5.000 besonders Schutzbedürftigen (zum Beispiel Kinder, Schwangere, alte und kranke Menschen) aus den griechischen Flüchtlingslagern. Die kommunalen Strukturen zur Aufnahme und Versorgung sind vorhanden und häufig ungenutzt. Nachdem Präsident Erdogan einseitig das EU-Türkei-Abkommen aufgekündigt hat, werden Tausende von Schutzsuchenden zum Spielball der türkischen Regierung. Griechenland und die EU müssen darauf rechtsstaatlich reagieren. Griechenland muss Asylanträge ermöglichen. Es benötigt Unterstützung bei der Registrierung von Schutzsuchenden, bei deren Versorgung sowie bei der Verteilung von Asylantragstellenden auf die EU-Mitgliedsstaaten. Schutzsuchende haben ein Recht auf ein ordentliches Asylverfahren. Humanität und Ordnung sind das Gebot der Stunde.

- gruene-bundestag.de/schutzbeduerftige

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Die Corona-Krise stellt die EU auf eine harte Belastungsprobe. Keine Regierung kann diese Krise alleine meistern. Grenzüberschreitende Solidarität und Hilfe sind gefragt. Es braucht gemeinsame medizinische Unterstützung für die Hotspots der Corona-Krise, eine koordinierte europäische Beschaffung und Produktion der notwendigen medizinischen Produkte und den Austausch von Personal und Wissen. Angesichts der extremen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Epidemie wird auch ein finanzieller Schutzschirm für die EU und den Euroraum benötigt. Die Europäische Zentralbank alleine kann es nicht richten. Die Aktivierung der vorsorglichen Kreditlinie des ESM, gemeinsame Eurobonds und Programme nationaler Förderbanken wie der KfW sind hier wichtige Instrumente. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Corona-Krise zum Anlass genommen wird, die Grundrechte, Gewaltenteilung und Medienfreiheit unverhältnismäßig zu beschneiden. Hier müssen die EU-Kommission und der Rat mit allen Mitteln gegenhalten.

- gruene-bundestag.de/coronakrise

Globale Lieferketten und Corona-Krise

Die Corona-Krise lässt die Abhängigkeiten in der globalisierten Weltwirtschaft deutlich zutage treten. Gekappte Lieferketten durch Grenzsicherungen und Produktionsstopps führen zu Auftragsstornierungen in Milliardenhöhe auch im globalen Süden. Deshalb benötigt auch der globale Süden Hilfe und Solidarität. Gleichzeitig bietet die Krise die Chance, globale Lieferketten nachhaltiger und menschenrechtskonform aufzustellen. Während andere Industriestaaten längst gesetzliche Regelungen erlassen haben, blockiert die Bundesregierung ein verbindliches Gesetz und tritt international als Bremserin auf. In einem Antrag haben wir aufgezeigt, welche Elemente ein Lieferkettengesetz umfassen sollte, das den Schutz von Mensch und Umwelt entlang der Lieferketten verbessert. Darüber hinaus fordern wir in einem weiteren Antrag, die Haftung von Prüfunternehmen gesetzlich festzuschreiben. Denn auch diese tragen häufig dazu bei, dass die Umwelt zerstört und Menschenrechte verletzt werden.

- gruene-bundestag.de/lieferketten

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

NS-OPFERGRUPPEN „ASOZIALE“ UND „BERUFSVERBRECHER“

Zwischen 1933 und 1945 wurden mehrere Zehntausend Menschen als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ stigmatisiert und in Konzentrationslagern (KZ) interniert. Im KZ mussten sie den schwarzen oder grünen Winkel tragen. Als NS-Verfolgte gelten sie bisher offiziell nicht. Auch nach dem Krieg hielt sich die Ansicht, dass diese Gruppen doch zu Recht inhaftiert worden wären. Aber niemand war zu Recht in einem KZ. Wir fordern ihre Aufnahme in die offizielle Erinnerungskultur und für die heute noch lebenden Opfer den Zugang zu einer angemessenen, würdigen Entschädigung. Auch Union, SPD und FDP haben inzwischen ähnliche Forderungen vorgelegt. Nun muss die Bundesregierung zügig handeln.

- gruene-bundestag.de/opfergruppen

GRÜNES KINO

Klimaschutz geht auch im Kino. Inzwischen gibt es für viele Wirtschaftszweige Anreize von der Politik – im Filmbereich fehlen diese. Es gibt einige Initiativen für Klimaschutz aus der Filmbranche, die wollen wir unterstützen. Ein Film verursacht im Laufe seines Lebens,

von der Projektentwicklung, dem Dreh und der Postproduktion bis zur Vorführung und Lagerung, erhebliche CO₂-Emissionen. Angesichts der Klimakrise ist es an der Zeit, die Filmproduktion umweltfreundlich zu gestalten. Die Bundesregierung und die öffentliche Förderung in Ländern und Kommunen sollten in enger Zusammenarbeit mit der Filmwirtschaft hierfür die Weichen neu stellen.

- gruene-bundestag.de/kino

DIGITAL NATIVES

Kinder und Jugendliche wachsen ganz selbstverständlich in einer vernetzten Welt auf. Sie streamen Musik, spielen alleine oder mit anderen im Netz und suchen nach Tutorials für die Hausaufgaben. Damit sie die Digitalisierung positiv für sich nutzen können, ist es zwingend notwendig, ihnen die Teilhabe zu ermöglichen, ihren Schutz zu verbessern und sie beim Erwerb von Medienkompetenz zu unterstützen. Dafür wollen wir verschiedene Maßnahmen einführen, wie Schulen unterstützen, die Medienkompetenz von Eltern und Lehrerinnen und Lehrern ausbauen, bessere Kennzeichnungen sowie erleichterte Sicherheitseinstellungen einführen.

- gruene-bundestag.de/digital-natives

& grün GRÜNER



Renate Künast im Gespräch mit Vandana Shiva



Fotos: Klaus Neumann-Ege

Anton Hofreiter: Die Landwirtschaft trägt erheblich zur Klimakrise bei und leidet gleichzeitig unter ihr. Die Bundesregierung sitzt dieses Problem aus.

Grüne Woche in Berlin: Wir ackern fürs Klima

Industrielle Landwirtschaft sägt am Ast, auf dem wir sitzen: Dagegen protestieren inzwischen immer mehr Menschen, so auch dieses Jahr, während der Internationalen Grünen Woche. 27.000 marschierten am 18. Januar bei der zehnten „Wir haben es satt“-Demo durchs Berliner Regierungsviertel. 400 Gäste kamen anschließend zur Konferenz im Bundestag mit unseren AgrarpolitikerInnen und dem Fraktionsvorsitzenden Anton Hofreiter. Mit Vandana Shiva, Umweltaktivistin aus Indien, und vielen anderen ExpertInnen diskutierten wir über Landwirtschaft und Klimakrise. Später gab es, wie jedes Jahr, den Parlamentarischen Abend mit vielen Hundert weiteren Gästen.

Bodenbewirtschaftung und Tierhaltung müssen sich ändern, um auch künftig Ernten zu sichern und Grundwasser und Artenvielfalt zu schützen. Für den Umbau der Landwirtschaft benötigen bäuerliche Betriebe und regionale Lebensmittelversorger politischen Rückenwind. Wir fordern daher eine Reform der EU-Agrarförderung und einen Umbau der Tierhaltung. Und last but not least geht es nicht ohne eine Ernährungswende. Denn was wir essen und wie es produziert wird, spielt bei der Bewältigung der Klimakrise eine entscheidende Rolle. Hierzu haben wir entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht.

- gruene-bundestag.de/agrar

Fotos: Stefan Maak

Foto: Klaus Neumann-Ege



EIN HERZ für menschliche Pflege!

Steht morgen schon der Roboter am Pflegebett? Wohl kaum, Deutschland steckt bei der Digitalisierung der Pflege noch in den Kinderschuhen. Was muss politisch getan werden, um die Chancen der Digitalisierung für ältere und pflegebedürftige Menschen zu nutzen und die Risiken für sie zu minimieren? Was soll der Mensch, was kann die Technik übernehmen? Darüber diskutierten wir am 18. Februar mit 300 Gästen in der Kalkscheune bei der Konferenz „The Future of Care – menschliche Pflege in einer digitalen Welt“. Eingeladen hatten die Pflege- und Gesundheitspolitikerinnen Kordula Schulz-Asche und Maria Klein-Schmeink sowie Tabea Rößner als Fachfrau fürs Digitale und Verbraucherschutz. Wichtig ist uns, dass die Beziehung von Mensch zu Mensch als wichtiges Element der Pflege erhalten bleibt und gestärkt wird. Die Technik muss den Menschen dienen, Pflegebedürftige wie Pflegenden sollen durch sie Entlastung erfahren. Aber auch Umweltressourcen müssen geschont und der Datenschutz im Auge behalten werden. Dazu braucht es eine Strategie und klare Ziele. In zahlreichen Workshops wurden die vielfältigen Aspekte des Themas mit Fachleuten engagiert erörtert.

- gruene-bundestag.de/pflege

#FeministsUnite

Frauen, bildet Banden – auch im Netz!

Frauen können stolz sein auf das, was sie bis heute für die Gleichberechtigung erreicht haben. Aber noch immer bleibt einiges zu tun, nicht zuletzt durch die Zunahme von antifeministischer Hetze im Netz, darauf wies Katrin Göring-Eckardt in ihrer Rede zum Parlamentarischen Frauenabend der Bundestagsfraktion am 10. März hin. Thema waren Frauen in Social Media, die Inszenierung von Weiblichkeit und traditionelle Rollenbilder. Auf Instagram kommt Weiblichkeit oft traditionell daher, mit Beauty-Tutorials, Fashion, Figur- und Beziehungstipps.

Doch es bieten sich auch neue Möglichkeiten des Empowerments und der Vernetzung: Viele nutzen ihre Reichweiten zum Beispiel für feministische Themen oder Nachhaltigkeit. Es diskutierten die Influencerinnen Nike van Dinther (ThisisJaneWayne, @nikejane), Toyah Diebel (@toyahgurl), die Juristin und Medienexpertin Cornelia Holsten mit unseren Abgeordneten Katja Dörner und Ulle Schauws. Einig waren sie sich darin, dass es eine gemeinsame Verantwortung für Digitalkompetenz gibt, damit Klischees und Fakes als Inszenierungen entlarvt werden

können. Reichweiten sollten auch dazu genutzt werden, diverser zu werden, ältere Frauen, people of colour sichtbar zu machen und Solidarität zu üben: gegen rechts und gegen Hass im Netz.

Darum: mehr Likes für Sinnfluencerinnen.

- gruene-bundestag.de/frauen



Fotos: Stefan Kaminski



TERMINE

Bis auf Weiteres werden unsere Veranstaltungen ohne Publikum stattfinden. Wir arbeiten derzeit an digitalen Alternativen, Gesundheitsschutz und Risikominimierung gehen vor.

Wir informieren hierüber auf [● gruene-bundestag.de/termine](https://gruene-bundestag.de/termine) sowie über unsere Newsletter.

PUBLIKATIONEN

Mehr unter:

- gruene-bundestag.de/publikationen

FLYER

- 19/52 Grüne Pflegepolitik
- 19/48 Wälder mit Zukunft
- 19/47 Sicherheit durch einen starken Rechtsstaat
- 19/44 Klimakrise stoppen
- 19/35 Grüne Politik für kleine und mittelständische Unternehmen
- 19/20 Natürlich gut essen! Politik für eine Ernährungswende
- 19/12 Grüne Wohnoffensive

LEPORELLOS

- 19/53 Film ab ... für grünes Kino
- 19/51 Unser koloniales Erbe kritisch aufarbeiten

KLAPPKARTE

- 19/50 Landwirtschaft und Klima

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin, oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf: [● gruene-bundestag.de](https://gruene-bundestag.de)

IN UNSERER VIDEOTHEK:

GRÜNE FILMPRODUKTION

Wir lieben Happy Ends. Nicht nur auf der Leinwand.

Damit grüne Filmproduktion Wirklichkeit werden kann, wollen wir die Filmbranche bei ihren Anstrengungen unterstützen. Wie? Das erzählt Tabea Rößner kurz vor Filmbeginn im Kino – und trifft einen ziemlich nervigen Sitznachbarn.

- gruene-bundestag.de/videos

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)